



---

## **Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung**

19. Sitzung (nicht öffentlich)

17. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Vor Eintritt in die Tagesordnung **lehnt** der Ausschuß den **CDU-Antrag**, TOP 8 "Wer wird Ombudsmann für den Braunkohlentagebau Garzweiler II?" in öffentlicher Sitzung zu behandeln, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde:**

**"Landesregierung blockiert Entwicklung Preußenpark in Münster"**

1

Die Ministerin berichtet; es schließt sich eine kurze Diskussion an.

#### **2 Landesinitiative "Produktionsintegrierter Umweltschutz"**

4

TOP 2 wird vertagt.

- 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr** 4

Die Ministerin sagt zu, ihren Bericht "Haushaltsplan 1998. Umweltpolitische Schwerpunkte" als Vorlage herauszugeben (siehe Vorlage 12/1544) und bestimmte Zahlen der Jahresrechnung 1996 bzw. des Mittelabflusses 1997 für die Haushaltsberatungen zur Verfügung zu stellen.

- 4 **Initiative "Nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft"** 5

Die Ministerin erstattet Bericht, und der Ausschuß diskutiert darüber.

- 5 **Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen**  
- **Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs**  
- **Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode** 10

TOP 5 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

- 6 **Die Hochwasserkatastrophe in Brandenburg - Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen** 11

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Ministerin entgegen; es folgt eine Aussprache.

- 7 Entwurf einer Kooperationsvereinbarung zur Finanzierung der Aufgaben des AAV** 15  
Vorlage 12/1513

Dem Bericht der Ministerin schließt sich eine kurze Diskussion an.

- 8 Wer wird Ombudsmann für den Braunkohlentagebau Garzweiler II?** 15

Ministerin Höhn erstattet den von der CDU gewünschten Bericht.

- 9 Verschiedenes** 16

Der Ausschuß beschließt einstimmig, beim Präsidenten eine Ausschußreise nach USA/Kanada zu beantragen.

**Nächste Sitzung:** 8. Oktober 1997

\*\*\*\*\*



hängen gegen großflächige Einzelhandelsansiedlungen, weil gewachsene Einzelhandelsstrukturen zerstört und zusätzliche Verkehre angezogen würden.

Auf Nachfrage von **Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU)**, ob es zwischen dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium eine einheitliche Linie gebe und auch Minister Clement das Vorgehen der Ministerin im Kabinett unterstütze, erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**, daß bei der Vielzahl der Projekte nicht über jedes Projekt im Kabinett gesprochen werde. Die von ihr erwähnten Briefe seien jedoch alle mit den entsprechenden Ministerien, auch mit dem Wirtschaftsministerium, abgestimmt.

**Werner Stump (CDU)** räumt ein, daß der von der CDU telefonisch übermittelte Titel der Aktuellen Viertelstunde "Landesregierung blockiert Entwicklung Preußenpark in Münster", wie vom Abgeordneten Remmel angedeutet, mißverständlich sei. Der CDU sei es in erster Linie um die Haltung der Landesregierung zu diesem Thema gegangen.

## 2 Landesinitiative "Produktionsintegrierter Umweltschutz"

**Vorsitzender Klaus Strehl** hält den Beschluß des Ausschusses fest, TOP 2 auf Wunsch der Umweltministerin und des Wirtschaftsministers zu vertagen, da vor zwei Tagen ein Gutachten eingegangen sei, das noch nicht ausgewertet und dem Ausschuß noch nicht zugegangen sei.

## 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998

Gesetzentwurf 12/2400

Einzelplan 10 -	Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
Einzelplan 02 -	Ministerpräsident und Staatskanzlei
Einzelplan 03 -	Innenministerium
Einzelplan 15 -	Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

**Vorsitzender Klaus Strehl** weist darauf hin, daß die Beratungen des Einzelplans 10 sowie Teile der Einzelpläne 02, 03 und 15, soweit sie den Zuständigkeitsbericht der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft umfaßten, spätestens in der Ausschußsitzung am 26. November 1997 abgeschlossen sein müßten, damit sie zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Verfügung stünden.

Er hält fest, daß der Ausschuß übereingekommen sei, auf den mündlichen Einführungsbericht der Ministerin zum Haushalt zu verzichten und statt dessen den Bericht als Vorlage zu verteilen.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD)** bittet die Ministerin, vor den Haushaltsberatungen - wie bereits in der letzten Sitzung verabredet - für große Bereiche die Zahlen der Jahresrechnung 1996 bzw. des Mittelabflusses 1997 schriftlich zur Verfügung zu stellen, damit sie in die Beratungen einfließen könnten. Dabei denke er insbesondere an die ökologische Wasserwirtschaft, die eines der Paradeprojekte der bisherigen Ausschubarbeit sei, aber auch an das Emscher-Lippe-Programm OEPEL. Perspektiven für 1998 und das folgende Jahr müßten auf der Basis genauer Zahlen entwickelt werden.

**Vorsitzender Klaus Strehl** hält die Zusage der Ministerin fest, die gewünschten Zahlen zur Verfügung zu stellen.

#### 4 Initiative "Nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft"

**Ministerin Bärbel Höhn** berichtet:

Gerne informiere ich Sie heute über den Zwischenstand der Initiative zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Zur Umsetzung des Zieles der Nachhaltigkeit in der Wasserwirtschaft ist das mit 255 Millionen DM aus der Abwasserabgabe ausgestattete Initiativprogramm auf den Weg gebracht worden. Mit der Initiative werden neue und ökologische Wege der Niederschlagswasserbeseitigung begangen, wird das Grundwasser vor Belastung aus undichten Abwasserkanälen geschützt, im ländlichen Raum bei der Abwasserbeseitigung in den Außenbereichen die Abwasserbehandlung in den Kleinkläranlagen verbessert, den Gemeinden bei der Erschließung des Außenbereiches durch Unterstützung des Einsatzes von kostengünstigen Lösungen Hilfestellung gegeben, die Abwasserbelastung der Gemeinden durch indirekt einleitende Gewerbe- und Industriebetriebe verringert, der Energieeinsatz aus öffentlichen Kläranlagen vermindert und der diffuse Stickstoffeintrag bei der landwirtschaftlichen Gülleaufbringung zurückgehalten.

Aus dem Vorgenannten wird deutlich, daß mit dem Initiativprogramm neue Wege im Bereich des Abwassers eingeschlagen werden, die bewußt vom bisherigen abweichen. Das Initiativprogramm enthält neue Gedanken zum anderen Umgang mit dem Regenwasser, zur Entwicklung innovativer Techniken hin zum Wasserwirtschaftskreislauf und zur Energieeinsparung und CO<sub>2</sub>-Minderung auf Kläranlagen.

Neu ist auch, daß die Förderrichtlinien im Wasserrundbrief Nr. 1 des Umweltministeriums mit ihren Schwerpunkten und Zielen textlich erläutert wird und die zuständigen Ansprechpartner aus dem Umweltministerium benannt werden. Der Wasserrundbrief